

**NIEDERSCHRIFT****15. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.03.2020
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:41 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Aydin Candan - SPD	als stellvertr. Vorsitzender
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen	bis TOP 7.2 ; 19.30 h
Dr. Carsten Grohmann - CDU	bis TOP 5.2; 19.00 h
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis TOP 6.1; 19.04 h
Dr. Werner Vieler - AfD	
Aneta Wolter - CDU	
Dr. Marek Lengen - SPD	

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring	bis TOP 10; 19.39 h
Andreas Müller - Die Linke	
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL	
Dr. Axel Walther - FDP	
Thomas Fürst - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Stefan Krause - CDU	
Christian Steen - SPD	

Verwaltung

Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 Frauenbüro	
Daniela Rummert - 2.000.2 Koordinierung Flüchtlingsarbeit	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Manuel Hertz - FBC FB 2	
Marion Höfs - FBC FB 4	
Ulrich Kewitz -	Referent zu TOP 3.1
Volker Langhans -	Referent zu TOP 4.1
Birgit Reichel -	Referentin zu TOP 3.4

Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Michael Hamschmidt - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Michael Bley -	Referent zu TOP 4.2
Joachim Tag - Jobcenter Lübeck	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Nil Gersdorf - CDU	- entschuldigt -
Gabriele Ulrich - SPD	- entschuldigt -
Gäste	
Christian Rettberg - Behindertenbeauftragter	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt, Bruno Hönel und Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Geflüchtetenunterbringung und Wohnungsmarkt	VO/2020/08654
3.2	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zu Gesundheit, Hygiene und Verbraucherschutz	VO/2020/08692
3.3	Anfrage der Ausschussmitglieder Bruno Hönel, Michelle Akyurt, Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Wohnraum für Menschen mit Behinderung	VO/2020/08696
3.4	Mitteilung zur "Situation Drogenabhängige"	
3.5	Sachstand Corona Virus	
3.6	Anfrage Herr Müller: Hygieneanordnungen Lübecker Tafel	
3.7	Sachstand zum Masernschutzgesetz	
3.8	Sachstand Schuleingangsuntersuchungen	
3.9	Sachstand Wahl Behindertenbeirat	
3.10	Anfrage Herr Hönel: Flüchtlingsaufnahme "Sichere Häfen"	
4	Berichte	
4.1	Mündlicher Bericht zur Kooperationsvereinbarung "Energiesperren"	
4.2	Vorstellung der App "Gut versorgt in...."	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Gründung des Vereins "Wohnen im Alter e. V. - Verein für die Beratung zu Wohnraumanpassungen und Barrierereduzierung sowie Beratung zu Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag"	VO/2020/08648
5.2	Aufbau einer Ehrenamtskoordination "Bürgerschaftliches	VO/2020/08575

	Engagement" in der Hansestadt Lübeck	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	DIE LINKE: Runder Tisch "Kinderarmut in Lübeck"	VO/2019/08275
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Gregor Voht: Digitale Ausschreibung von Beförderungsaufträgen	VO/2020/08598
7.2	AM Gregor Voht (FREIE WÄHLER), Michelle Akyurt, Puja Büche und Bruno Hönel (Bündnis 90/Grüne): Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen	VO/2020/08694
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

10	Genehmigung der Niederschrift	
10.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2020	
11	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12	Berichte	
13	Beschlussvorlagen	
14	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	
----	---	--

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der stellvertr. Vorsitzende Herr Candan (im Weiteren Vorsitzende) begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Er begrüßt Herrn Bley von der „Gut versorgt in ...GmbH“

Er verliest einen Brief des ausgeschiedenen Vorsitzenden Ingo Schaffenberg und dankt ihm für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende schlägt die Vertagung des TOP 3.2 vor, da die Beantwortung erst in der Mai-Sitzung erfolgen kann.

Der Vorsitzende schlägt die Vertagung des TOP 3.3 vor, deren Antwort von der Verwaltung in Vorbereitung ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Zuordnung des TOP 7.1 der Tagesordnung fehlerhaft ist. Da es sich um einen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft handelt, ist dieses unter TOP 6.1 zu behandeln.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen

Er lässt en bloc über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten Top 10 bis Top 14 abstimmen:

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen die geänderte Tagesordnung.

Damit ist die Tagesordnung in geänderter Fassung festgestellt.

Der Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herr Stefan Krause mit Handschlag mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

(Die Verpflichtung von Herrn Krause wurde vom Vorsitzenden nach der Behandlung des TOP 3.1 vorgenommen.)

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Anfrage der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt, Bruno Hönel und Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Geflüchtetenunterbringung und Wohnungsmarkt
Vorlage: VO/2020/08654**

Herr Kewitz beantwortet die Fragen und trägt die Zahlen vor.

Hierzu sprechen Frau Akyurt, Herr Müller, Frau Schwartz und Herr Senator Schindler.

Es wird gewünscht einen gemeinsamen Termin mit dem AK Soziales zu vereinbaren. Der stellv. Vorsitzende Herr Candan verweist darauf, dass dieses durch die neugewählte Vorsitzende oder den neugewählten Vorsitzenden erfolgen sollte.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Anfrage:

Wir knüpfen an die Antwort auf unsere Anfrage zur zur Flüchtlingsunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vom 8. November 2018.

Im Zeitungsbericht der Lübecker Nachrichten vom 7. Februar 2020 wird André Weidmann von der Gemeindediakonie Lübeck wie folgt zitiert:

„Die Menschen hier brauchen die Perspektive, in eine eigene Wohnung ziehen zu können.“

Vor diesem Hintergrund werden folgende Fragen gestellt:

1. Wie viele Geflüchtete sind in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht?
2. Wie viele Geflüchtete sind seit Januar 2019 monatlich aus einer Gemeinschaftsunterkunft in eine Wohnung umgezogen?
3. Wie viele Geflüchtete wohnen bereits länger als 12 Monate in Gemeinschaftsunterkünften, weil sie keine Wohnung auf dem regulären Wohnungsmarkt gefunden haben?
4. Welches Konzept verfolgt der Bürgermeister, um Langzeitunterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften zu verhindern?
5. Welches Konzept verfolgt der Bürgermeister, um die Anzahl von günstigen Wohnungen und Sozialwohnungen kurzfristig zu erhöhen, damit Geflüchtete in den Wohnungsmarkt integriert werden können?
6. Wie will der Bürgermeister dem 80%-tigen Rückgang des Bestandes an Sozialwohnungen trotz Berücksichtigung des Neubaus von geförderten Wohnungen) bis 2050 entgegen wirken?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zu Gesundheit, Hygiene und Verbraucherschutz
Vorlage: VO/2020/08692**

vertagt

**zu 3.3 Anfrage der Ausschussmitglieder Bruno Hönel, Michelle Akyurt, Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Wohnraum für Menschen mit Behinderung
Vorlage: VO/2020/08696**

vertagt

zu 3.4 Mitteilung zur "Situation Drogenabhängige"

Herr Senator Schindler verweist auf den Wunsch des Ausschuss für Soziales aus der Sitzung vom 04.02.2020, dass dieser über die Situation der Drogenabhängigen insbesondere nach der Auflösung des Drogentreffs „Krähenteich“ informiert werden möchte.

Er berichtet zu der aktuellen Situation und verweist auf den Arbeitskreis SiPa-Sozial und übergibt das Wort an Frau Reichel vom Bereich Jugendarbeit.

Frau Reichel stellt die Problematiken, Ideen und Maßnahmen vor, die der Arbeitskreis entwickelt hat.

Hierzu sprechen Herr Dr. Grohmann, Herr Hönel, Herr Müller, Frau Bachmann, Herr Senator Schindler, Frau Friemer und Herr Dr. Walther.

Herr Voht weist darauf hin, dass ein Drogenkonsumraum gegen geltendes Recht in Schleswig-Holstein verstoßen würde und daher nicht umgesetzt werden kann.

Herr Hönel entgegnet, dass der Bedarf dieser Räume allerdings von den Kommunen zu formulieren ist, damit hier ein Umdenken bei dem Gesetzgeber erfolgen kann.

Frau Akyurt stellt den nachfolgenden Antrag:

„Die Verwaltung legt eine Zeitschiene mit den Maßnahmen und ihren Umsetzungen zur nächsten Sitzung im Mai vor.“

Dieser Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 Sachstand Corona Virus

Herr Senator Schindler berichtet allgemein über die Lage in Lübeck und über die Hinweise zur Minimierung der Ansteckung.

Herr Dr. Hamschmidt ergänzt, dass auf der Homepage der Hansestadt Lübeck jetzt auch Hinweise zur Situation bereitstehen.

Auf Nachfrage von Frau Wolter erklärt Herr Dr. Hamschmidt, dass die Kosten für den Test über die Infizierung von den Kassen übernommen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Walther berichtet Herr Dr. Hamschmidt, dass die Übersetzung der Hinweise zum Corona Virus in Fremdsprachen in Vorbereitung ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.6 Anfrage Herr Müller: Hygieneanordnungen Lübecker Tafel

Herr Müller fragt nach, warum das Lübecker Gesundheitsamt der Lübecker Tafel Hygieneanordnungen gemacht hat, z.B. bei der Annahme von Lebensmitteln.

Herr Dr. Hamschmidt ist das nicht bekannt und er weist daraufhin, dass dieses möglicherweise durch die Lebensmittelaufsicht vom Fachbereich 3 erfolgt ist.

Er wird dazu in der Sitzung im Mai berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.7 Sachstand zum Masernschutzgesetz

Herr Dr. Hamschmidt berichtet, dass zum 01.03.2020 das Masernschutzgesetz in Kraft getreten ist und wie damit auch das Lübecker Gesundheitsamt betroffen ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.8 Sachstand Schuleingangsuntersuchungen

Herr Dr. Hamschmidt berichtet, dass die Schuleingangsuntersuchungen in diesem Jahr bis zu 85 % erfolgen können. Leider sind u.a. aus personellen und inhaltlichen Gründen (z.B. auch die Prüfung zur Masernschutzimpfung) nicht alle Untersuchungen zu schaffen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.9 Sachstand Wahl Behindertenbeirat

Herr Senator Schindler berichtet von der Wahl zum Behindertenbeirat, die am 05.03.2020 stattfinden wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.10 Anfrage Herr Hönel: Flüchtlingsaufnahme "Sichere Häfen"

Herr Hönel fragt, ob die Kontingente Lübecks zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Programm „Sichere Häfen“ schon ausgeschöpft sind.

Herr Senator Schindler erklärt, das Lübeck noch mehr aufnehmen könnte, allerdings wirke das dem Entzerrungsbeschluss der Bürgerschaft entgegen.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 **Berichte**

zu 4.1 **Mündlicher Bericht zur Kooperationsvereinbarung "Energiesperren"**

Frau Schwartz berichtet über die Beauftragung des Ausschuss für Soziales zur Erfassung diese Daten aus dem Jahr 2018.

Herr Hönel verlässt den Sitzungssaal (17.35 h bis 17.41 h)..

Frau Bachmann verlässt den Sitzungssaal (17.36 h bis 17.41 h).

Herr Langhans stellt die ermittelten Zahlen vor, die dem Ausschuss in der Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt werden.

Frau Wolgast fragt nach, ob diese Erfassung weiterhin erfolgen muss, da dieses einen nicht unerheblichen Aufwand auf Seiten des Jobcenters bedeutet.

Der Ausschuss entscheidet mit 10 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen, dass keine weitere Erfassung mehr erfolgen muss. (Herr Hönel und Frau Bachmann stimmen nicht mit ab.)

zu 4.2 **Vorstellung der App "Gut versorgt in...."**

Herr Bley von der „Gut versorgt in ... GmbH stellt die gleichnamige App vor.

Dazu sprechen Frau Bachmann, Herr Müller, Herr Wulf, Frau Akyurt, Herr Voht, Herr Dr. Grohmann, Herr Dr. Walther und Herr Senator Schindler.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Gründung des Vereins "Wohnen im Alter e. V. - Verein für die Beratung zu Wohnraumanpassungen und Barrierereduzierung sowie Beratung zu Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag"** **Vorlage: VO/2020/08648**

Hierzu sprechen Herr Fürst und Herr Wulf.

Beschluss:

Die Bürgerschaft stimmt

1. zu, dass die Hansestadt Lübeck sich an der Gründung des Vereins „Wohnen im Alter e. V. – Verein für die Beratung zu Wohnraumanpassungen und Barrierereduzierung sowie Beratung zu Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag“ beteiligt.

2. zu, dass die Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH sich an der Gründung des Vereins „Wohnen im Alter e. V. – Verein für die Beratung zu Wohnraumanpassungen und Barrierereduzierung sowie Beratung zu Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag“ beteiligt.
3. der Vereinssatzung in der in Anlage 2 beigefügten Form zu.

Der Bürgermeister und die Vertreter der Hansestadt Lübeck werden ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH und in der Gründungsversammlung des Vereins die dafür erforderlichen Beschlüsse zu fassen..

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Aufbau einer Ehrenamtskoordination "Bürgerschaftliches Engagement" in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/08575**

Herr Senator Schindler führt in das Thema ein und gibt ergänzende Hinweise zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Der Ausschuss erteilt Herrn Dr. Delius vom ePunkt e.V. das Wort, der ebenfalls einige Worte zum aktuellen Stand gibt.

Hierzu sprechen Herr Dr. Grohmann, Herr Hönel, Frau Bachmann und Frau Akyurt.

Herr Voht beantragt eine gesonderte Abstimmung zu Nr. 5 der Vorlage.

Frau Bachmann beantragt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit (18.50 h) die Schließung der Rednerliste.

Der Ausschuss beschließt mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen die Schließung der Rednerliste.

Verbleibende Redner sind Herr Voht, Frau Akyurt und Herr Müller.

Herr Voht beantragt Nr. 5 wie folgt zu ändern:
„Die Verwaltung ist im Rahmen der Verhandlungen für gleichwertige Finanzierungsvorschläge der Träger offen.“

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag von Herr Voht mit 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen ab.

Der Ausschuss führt dann eine punktweise Abstimmung durch:

Der Ausschuss beschließt Nr. 1 bis 4 der Vorlage mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung gem. der Beschlussvorlage.

Der Ausschuss beschließt Nr. 5 der Vorlage mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen gem. der Beschlussvorlage.

Der Ausschuss beschließt Nr. 6 und 7 der Vorlage mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung gem. Beschlussvorlage.

Herr Dr. Grohmann entschuldigt sich und verlässt die Sitzung (19.00 h).

Beschluss:

Anlass: Beschluss der Bürgerschaft vom 26.09.2019, VO/2019/08082-27

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft stimmt der Einrichtung einer fachbereichsübergreifenden städtischen Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamt in der Hansestadt Lübeck in Kooperation mit der Freiwilligenagentur *ePunkt* e.V. auf der Grundlage des Erstkonzeptes (Anlage 2) zu.
2. Zum Aufbau und zur dauerhaften Fortführung einer Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamt in der Hansestadt Lübeck werden die erforderlichen Personal-Ressourcen mit insgesamt 1,5 VZÄ Planstellen und Sachmittel im Rahmen des Stellenplan- und Haushaltsplanverfahrens 2021 geordnet (Anlage 2).
Interimsweise werden im Haushaltsjahr 2020 aus dem zentralen Stellenpool 1,5 Planstellen für die Besetzung dieser Stellen zur Verfügung gestellt.
Eine Teilfinanzierung soll vorrangig über die beantragten Fördermittel aus der Förderrichtlinie für die Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen im kommunalen Raum des Landes Schleswig-Holstein vom 25.11.2019 erfolgen (siehe Beschlusspunkt 5.).
3. Auf der Grundlage des Konzeptes und des Finanzplans von *ePunkt* e.V. (Anlage 3) gewährt die Hansestadt Lübeck in 2020 haushaltsneutral einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 63.000 EUR an *ePunkt* e.V.
4. Zur dauerhaften Sicherung der Aufgabenwahrnehmung bei *ePunkt* e.V. im Rahmen der Kooperation mit der Hansestadt Lübeck wird ab 2021 ein Budgetvertrag im Rahmen der Budgetverhandlungen mit *ePunkt* e.V. zur Finanzierung einer Vollzeitstelle und anteiliger Sachkosten in Höhe von 63.000 € pro Jahr geschlossen. Hiermit wird eine trägerunabhängige Servicestelle für alle Vereine, Freien Träger, Organisationen, Einrichtungen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, dauerhaft finanziert.
5. Da es sich um einen neuen Budgetvertrag für freiwillige Leistungen handelt, ist der strukturelle Zuschuss ab 2021 auf der Grundlage des Konsolidierungsvertrages der Hansestadt Lübeck mit dem Land Schleswig-Holstein zu kompensieren. Auf Vorschlag der Verwaltung erfolgt dies im Rahmen der Budgetverhandlungen für die neue Budgetvertragsperiode 2021 – 2024 durch eine strukturelle Kürzung des Basisverhandlungsbetrages (Zuschuss 2020) um 0,838 % für Zuschüsse an alle Freien Träger mit Budgetverträgen gemäß Anlage 4.
6. Es wird ein Antrag auf Gewährung einer Landeszuwendung zur organisatorischen Unterstützung von Ehrenamtlichen im kommunalen Raum mit dem Ziel einer maximalen Förderung für die Jahre 2020 - 2022 auf der Grundlage der vorläufigen Gesamtkostenermittlung (Anlage 5) gestellt.
7. Der Bürgerschaft ist im 1. Halbjahr 2021 über den Stand des Aufbaus einer Ehrenamtskoordination „Bürgerschaftliches Engagement“ in Lübeck zu berichten.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 6.1 DIE LINKE: Runder Tisch "Kinderarmut in Lübeck"
Vorlage: VO/2019/08275

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Steen, Herr Senator Schindler, Frau Wolter und Frau Friemer.

Herr Steen verweist auf die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses. Es wird ergänzt, dass es sich um einen Überweisungsauftrag der Bürgerschaft an den Ausschuss für Soziales sowie an den Jugendhilfeausschuss (federführend) handelt.

Frau Bachmann schläft vor, den Antrag ohne Votum zurückzugeben.

Frau Friemer betont, dass eine Zuständigkeit auch im Ausschuss für Soziales gesehen wird, da hier ein übergreifendes Thema angesprochen wird, weil die Kinderarmut immer mit den Eltern verbunden ist und es große Schnittstellen gibt.

Herr Hönel verlässt die Sitzung (19.04 h).

Die Sitzung wird zur Beratung unterbrochen von 19.06 h bis 19.10 h.
Anschließend erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Runden Tisch „Kinderarmut in Lübeck“ einzurichten. Dieser Runde Tisch erarbeitet unter Beteiligung verschiedenster Akteure beispielsweise aus den Wohlfahrtsverbänden, dem Jobcenter, den Wohnungsgesellschaften, dem Gesundheitsbereich, den Sportvereinen, den Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten, weiteren Vereinen und Verbänden, den Schulen und Kindertagesstätten, dem Lübecker Jugendring sowie den Fraktionen einen Maßnahmenplan zur Reduzierung von Kinderarmut in Lübeck.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Gregor Voht: Digitale Ausschreibung von Beförderungsaufträgen
Vorlage: VO/2020/08598

Hierzu sprechen Herr Voht, Frau Schwartz, Herr Dr. Vieler und Frau Wolter.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt der Bürgerschaft zu beschließen: Der Bürgermeister wird aufgefordert im Rahmen der "Digitalen Strategie" auch die Digitalisierung der Ausschreibungen von Beförderungsaufträgen im Bereich Soziale Sicherung/Eingliederungshilfe einzuplanen..

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Gregor Voht (FREIE WÄHLER), Michelle Akyurt, Puja Büche und Bruno Hönel (Bündnis 90/Grüne): Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen
Vorlage: VO/2020/08694**

Hierzu sprechen Herr Voht, Herr Senator Schindler, Herr Wulf, Frau Akyurt, Herr Fürst, Herr Krause, Herr Walther

Frau Friemer verlässt die Sitzung vor der Abstimmung (19.30 h).

Der Ausschuss entscheidet, dass Absatz 2 nicht Gegenstand der Abstimmung ist.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt der Bürgerschaft zu beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, zusätzlich zur bereits beschlossenen Prüfung der Stärkung der Gemeinwesenarbeit im Hochschulstadtteil den Bedarf an Räumlichkeiten für Gemeinwesenarbeit in allen Stadtteilen anhand von objektivierte Kriterien zu ermitteln.

Ebenso möge er eine Priorisierung der Bedarfe vorlegen und eine Kostenschätzung für Anmietung/Anschaffung sowie deren Verwaltung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis zu Absatz Nr. 1	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19.38 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19.39 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 10 Genehmigung der Niederschrift

zu 10.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 11 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 12 Berichte

zu 13 Beschlussvorlagen

zu 14 Verschiedenes

Es liegt nichts vor

Der nichtöffentliche Teil der Sitzung endet 19.40 Uhr.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Ende der Sitzung 19.40 Uhr.

Lübeck, den 22. Mai 2020

Aydin Candan
Vorsitz

Gitte Timmermann
Protokollführung

Vfg.

1. Vermerk

Anfrage Nr. VO/2020/08654

1. Wie viele Geflüchtete sind in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht?

Mit Stand 31.01.2020 waren 1322 Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

2. Wie viele Geflüchtete sind seit Januar 2019 monatlich aus einer Gemeinschaftsunterkunft in eine Wohnung umgezogen?

Jan 19	39	Personen
Feb 19	37	Personen
Mrz 19	24	Personen
Apr 19	27	Personen
Mai 19	29	Personen
Jun 19	49	Personen
Jul 19	26	Personen
Aug 19	34	Personen
Sep 19	41	Personen
Okt 19	30	Personen
Nov 19	43	Personen
Dez 19	33	Personen
Jan 20	23	Personen

gesamt: 435

3. Wie viele Geflüchtete wohnen bereits länger als 12 Monate in Gemeinschaftsunterkünften, weil sie keine Wohnung auf dem regulären Wohnungsmarkt gefunden haben?

Zum 31.01.2020 wohnten 652 Geflüchtete, verteilt auf 293 Haushalte, seit mehr als 12 Monaten in Gemeinschaftsunterkünften. Ein großer Anteil entfällt dabei auf Alleinreisende (vorwiegend Männer) und Familien ab 5 Personen.

4. Welches Konzept verfolgt der Bürgermeister, um Langzeitunterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften zu verhindern?

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass ein sehr gutes Betreuungsangebot in den Unterkünften für Geflüchtete in der HL mit der Betreuung vor Ort existiert. Zu den Betreuungsinhalten gehört u. a. auch eine Vorbereitung zum eigenständigen Wohnen als auch die Unterstützung bei der Wohnungssuche.

Seit Jahren gibt es die Konzeption des Probewohnens, wobei die Zahl der zur Verfügung gestellten Wohnungen derzeit deutlich rückläufig ist.

Z. Zt. gibt es noch einen Bestand von 50 Probewohnungen. 2019 wurden insgesamt 12 neue Probewohnungen angemietet; seit Beginn des Jahres sind 3 Wohnungen dazu gekommen.

Daneben finden ständig Gespräche mit den großen Wohnungsunternehmen statt, um Möglichkeiten für weitere Wohnungsangebote auszuloten.

5. Welches Konzept verfolgt der Bürgermeister, um die Anzahl von günstigen Wohnungen und Sozialwohnungen kurzfristig zu erhöhen, damit Geflüchtete in den Wohnungsmarkt integriert werden können?

Geflüchtete bekommen (wie alle anderen Personengruppen auch) auf Antrag bei Vorliegen der Voraussetzungen einen Wohnberechtigungsschein und werden bei Vorliegen der Wohnkompetenz in die Wohnungsvermittlung aufgenommen und entsprechend bei frei gemeldeten Wohnungen nach Dringlichkeit und Verfügbarkeit vorgeschlagen.

Zur Erhöhung des Bestands an geförderten Wohnungen in Lübeck sei auf die Präsentationen und Ausführungen im letzten Sozialausschuss zum TOP Wohnungsmarktbericht verwiesen.

6. Wie will der Bürgermeister dem 80%-tigen Rückgang des Bestandes an Sozialwohnungen trotz Berücksichtigung des Neubaus von geförderten Wohnungen) bis 2050 entgegen wirken?

Zur Erhöhung des Bestands an geförderten Wohnungen in Lübeck sei auf die Präsentationen und Ausführungen im letzten Sozialausschuss zum TOP Wohnungsmarktbericht verwiesen.

Claudia Schwartz

Vfg.

1. Mündlicher Bericht für den Ausschuss für Soziales; Sitzung: 03.03.2020

Statistische Erhebung über die Abwendung von Energiesperren im Rahmen der Kooperationsvereinbarung (2019)

Bezug

Anfrage des Ausschussmitglieds Michelle Akyurt bezüglich Stromsperren (VO/2018/06767) in der Ausschusssitzung am 04.12.2018

Anlass

Die Stadtwerke Lübeck, das Jobcenter Lübeck und die Hansestadt Lübeck schlossen im Jahr 2014 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Ziel, Energiesperren (Strom, Gas, Fernwärme, Wasser) zu verhindern.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 04.12.2018 wurde die Verwaltung gebeten, mitzuteilen, in welchem Umfang hilfebedürftige Bürger:innen der Hansestadt Lübeck mit Zahlungen an ihren Energieversorger in Verzug geraten und von Energiesperren betroffen waren (VO/2018/06767).

Die Anfrage konnte in der Ausschusssitzung nicht vollumfänglich beantwortet werden, da entsprechende statistische Werte bis zu jenem Zeitpunkt nicht erfasst worden sind.

Bericht

Seit dem 01.01.2019 werden durch die Stadtwerke Lübeck, das Jobcenter Lübeck und den Bereich Soziale Sicherung der Hansestadt Lübeck gemeinsam Kennzahlen erfasst.

Die Jahresbilanz 2019 stellt sich danach wie folgt dar:

Ausweislich der Stadtwerke Lübeck wurden **291** Haushalte erfasst, die von Energieschulden betroffen waren.

Hiervon wurden in **108** Fällen in Anwendung der Kooperationsvereinbarung androhte Energiesperren verhindert oder vollzogene Energiesperren aufgehoben.

	JC	HL
Von den verbleibenden Fällen meldeten sich beim Jobcenter Lübeck und beim Bereich Soziale Sicherung folgende Personen:	134	49
→ davon: Anzahl der abgewendeten / aufgehobenen Energiesperren durch Darlehensgewährung mit den Stadtwerken	127	24
→ davon: Anzahl der abgelehnten Anträge	7	25

In den **32** Fällen der Nichtbewilligung des Darlehens waren die Betroffenen in der Lage, sich anders zu behelfen. Hierzu zählen insgesamt **12** Fälle, bei denen die betroffenen Personen nicht im Leistungsbezug standen und über ein geregelteres Erwerbseinkommen verfügten.